

Niederschrift

JHA/011/2022

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine
am 22.06.2022

Die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Dieter Führer	CDU	Ratsmitglied/Vorsitzender
--------------------	-----	---------------------------

Mitglieder:

Herr Til Beckers	CDU	Ratsmitglied
Herr André Heeke	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Udo Hewing	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzende
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied
Frau Raphaela Scholz	CDU	Ratsmitglied
Herr Heiko Schomaker	UWG	Sachkundiger Bürger
Frau Antonia Richter		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Herr Max Richter		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Frau Sylvia Egelkamp		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände

beratende Mitglieder:

Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
--------------------------	-----------	--------------

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Mona Gedicke		Interessenvertreterin f. das Jugendteam
-------------------	--	---

Frau Barbara Kammer		Ausschussmitglied f. Schulen
Frau Claudia Raneberg		Ausschussmitglied f. Evangelische Kirche (bis 18:21 Uhr - Top 9)
Frau Karin Sauerland		Jugendamtselternbeirat
Frau Andrea Bischoff		Sachkundige Einwohnerin f. Familienbeirat

Vertreter:

Frau Karin Albers		Vertretung für Herrn Winfried Hülsbusch
Frau Laura-Jane Klein	BfR	Vertretung für Herrn Christian Evers
Frau Tatjana Lücke	SPD	Vertretung für Frau Yvonne Köhler
Herr Henning Wilde		Vertretung für Mona Gedicke (Vereidigung)

Verwaltung:

Frau Medina Atalan		Jugendhilfe- und Sozialplanerin
Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Herr Stefan Jüttner-von der Gathen		Stabstelle Dezernat II
Frau Katja Käschner		PV Kindergärten und Kindertagespflege
Frau Annette Wiggers		Jugendamtsleiterin
Frau Andrea Atrott		Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Frau Yvonne Köhler	SPD	Ratsmitglied
Herr Carsten Timpe		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Frau Petra Fettich		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände
Herr Winfried Hülsbusch		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände

beratende Mitglieder:

Herr Christian Evers	BfR	Sachkundiger Bürger
Frau Carla Zachey		AG 78

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Domenico Bellinvia		Ausschussmitglied f. Katho- lische Kirche
Frau Andrea Gehring		Ausschussmitglied f. Ar- beitsverwaltung
Herr Stefan Heskamp		Ausschussmitglied f. Polizei
Frau Nina Jansen		Sachkundige Einwohnerin f. Beirat f. Menschen mit Be- hinderung
Herr Jörg Langhans		Ausschussmitglied f. Rich- ter
Herr Vincenzo Pirone		Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat

Herr Fühner eröffnet die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine.

Es erfolgt die Verpflichtung von Frau Mona Gedicke als neues Mitglied und Herrn Henning Wilde als ihr persönlicher Vertreter.

Frau Overesch bittet, den TOP 12 „Renovierungskosten Pfarrheim St. Michael zur weiteren Nutzung als offener Kinder und Jugendtreff“ aufgrund von fehlenden Mietkostenangaben von der Tagesordnung dieser Sitzung abzusetzen, und sobald diese Informationen vorhanden sind, wieder auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen.

Die Mitglieder des Ausschusses stimmen dem Antrag zu.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. JHA/010/2022 über die öffentliche Sitzung am 10.03.2022

Es gibt weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche.

2. Informationen der Verwaltung

Zu den eingestellten Informationen ergänzt Herr Gausmann, dass die Parkouranlage Mesum zum 7. Juni 2022 fertiggestellt worden sei. Über den als Event geplanten Eröffnungstermin werde rechtzeitig informiert.

Auch in diesem Jahr werde in Rheine das Kinderferienparadies mit vielen spannenden Freizeitangeboten in den Sommerferien stattfinden, welches von der Stadt Rheine in Kooperation mit verschiedenen Vereinen und Institutionen durchgeführt werde. Insgesamt knapp 30 Veranstalter(innen) würden ein buntes Programm für die Kinder und Jugendlichen anbieten. Die Informationen zum Ferienprogramm seien auf der Internetseite www.rheine.feripro.de zu finden. Für die Inhaber(innen) einer Münsterlandkarte gebe es auf alle Aktionen, im Rahmen des Kinderferienparadieses, eine Ermäßigung in Höhe von 50 Prozent. Die Ferienpässe würden ab Freitag für 3 Euro angeboten werden, womit die Kinder und Jugendlichen einmal den Zoo und nach Wahl dreimal das Freibad Rheine, das Hallenbad Mesum oder die Minigolfanlage im Stadtpark besuchen könnten.

In der nächsten Sitzung der AG 78 werde ein neuer Sprecher/eine neue Sprecherin gewählt werden, da Herr Jäschke in Pension gegangen ist.

Der Familienbeirat habe einen Antrag auf Aktualisierung des Familienpasses eingereicht (**Anlage 1**). Für die November-Sitzung werde versucht, eine Vorlage dazu zu erstellen.

Zu der Anfrage aus der letzten Sitzung zu den Brückenprojekten für ukrainische Kinder teilt er mit, dass die Spielgruppen, wie bei anderen Angeboten, nicht kostenfrei sei. Die Münsterlandkarte könnte für eine kostenlose Teilnahme eingesetzt werden.

Frau Leskow empfindet, als Organisatorin des Stadtteilbeirates Hauenhorst, den Zugriff und die Handhabung der Internetseite www.rheine.feripro.de als gewöhnungsbedürftig und bittet um eine Schulung oder weitere Informationen.

Herr Gausmann erwidert, dass die Informationsmöglichkeiten verbessert werden.

3. Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Einwohnerfragen.

4. Informationen aus dem Familienbeirat

Frau Bischoff informiert, dass der Workshop-Tag coronabedingt von April 2022 auf Mitte August 2022 verschoben worden sei.

Die Mini-Bücher seien an die Kitas für die neuen Kindergartenkinder verteilt worden.

Der Familienbeirat würde gern im Jugendhilfeausschuss das Notinsel-Projekt vorstellen. Dazu bitte sie um einen Termin.

Um sich zu vernetzen, werde der Familienbeirat in den Sommerferien versuchen, Kontakt mit dem Seniorenbeirat und dem Beirat für Menschen mit Behinderung aufzunehmen.

5. Interessenvertretung des Jugendteams im Jugendhilfeausschuss Vorlage: 253/22

Es gibt keine Meldungen.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass Frau Mona Gedicke als ständige Interessenvertreterin für das Jugendteam im Jugendhilfeausschuss beratend vertreten sein soll.
2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass Frau Mona Gedicke durch Herrn Henning Wilde vertreten wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Information zur Umsetzung des neuen Landeskinderschutzgesetzes NRW Vorlage: 257/22

Herr Gausmann empfiehlt dem Ausschuss, sich mit dem Landeskinderschutzgesetz NRW intensiv zu beschäftigen, da die daraus für die Stadt Rheine abzuleitenden Auswirkungen den Ausschuss häufiger beschäftigen werden.

Herr Jüttner-von der Gathen stellt seine Präsentation (**Anlage 2**) vor.

Frau Egelkamp regt an, dieses Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzungen zu nehmen, damit sich der Jugendhilfeausschuss tiefergehend mit der Ausarbeitung, dem Stand und eventuellen Problemlagen beschäftigen könne.

Herr Hewing schließt sich dem an. Er fragt, wie dieses gute Gesetz bei dem Fachkräftemangel umgesetzt werden könne.

Herr Fühner hofft, dass sich das Land NRW langfristig daran halten werde, finanzielle Mittel nach dem Konnexitätsprinzip bereitzustellen.

Frau Overesch schließt sich dem Gesagten an, und die CDU begrüße ebenfalls dieses neue Gesetz. Die Stärkung des Kinder- und Jugendschutzes sei längst überfällig gewesen.

Frau Leskow bringt ein, dass die Grundlagen im vorigen Jahr gelegt worden seien und die Stadt Rheine seitdem nach den Empfehlungen arbeite. Sie fragt, wann die Netzwerkkoordinationsstelle besetzt werde.

Zu den Anregungen von Frau Egelkamp und Herrn Hewing, das Thema regelmäßig in den Sitzungen zu thematisieren, schlägt Herr Gausmann vor, die Problematiken auf unterschiedlichen Ebenen anhand von Einzelfällen in nichtöffentlicher Sitzung zu erörtern.

Zu der Frage von Herrn Hewing bestätigt Herr Gausmann die Schwierigkeiten, die Stellen im ASD (Allgemeinen Dienst) mit dem Fachkräftegebot von 115 % des Landesjugendamtes abgebildet zu bekommen. Bei einer Fallbelastung von 1:30 seien das 26 Fälle pro Vollzeitstelle. Die Fachkräfteproblematik sei in allen Bereichen vorhanden.

Bei der Netzwerkkoordination warte die Verwaltung auf die Mitteilung des Landes, welche Stellenanteile Rheine bekommen wird. Darüber hinaus würden zusätzliche Herausforderungen aus dem Kinder- und Jugendstärkungsgesetz entstehen. Verfahrenslotsen werden demnächst ausgebildet werden müssen. Zum 1. Januar 2023 werde das neue Vormundschaftsrecht als Betreuungsrecht in Kraft treten, wodurch weitere Ressourcen aufgebaut werden müssen. Die Auswirkungen werden im November in die Stellenplanberatungen einfließen. Die Einzelfallhilfesaufgaben werden deutlich höher als im Landesdurchschnitt ausfallen.

Die Gemeindeprüfungsanstalt, die von uns als vom Land geforderte Anstalt des öffentlichen Rechts bezahlt wird, werde uns als zu teuer einstufen. Das Landesjugendamt hingegen werde uns als zu billig einstufen, weil wir nicht genug Personal haben.

Herr Jüttner-von der Gathen führt aus, dass sich das Jugendamt der Stadt Rheine, als eines von wenigen, im letzten Jahr mit dem Beschluss auf den Weg gemacht habe und nun daran andocken könne.

Frau Floyd-Wencke schließt sich zum großen Teil ihren Vorredner(inne)n an. Sie entgegnet auf den Vorschlag von Herr Gausmann, ein oder zwei Fallbeispiele in den nichtöffentlichen Teil bringen zu wollen, dass die Öffentlichkeit über mögliche Schwierigkeiten informiert werden müsse, und somit in den öffentlichen Teil gehören würde.

Herr Gausmann bestätigt, dass die Fragen und Probleme in den öffentlichen Teil der Sitzungen gehören. Um ins Detail einiger Fallkonstellationen gehen zu können, lassen sich diese jedoch nicht ausreichend anonymisieren, so dass er anbiete, ein oder zwei dieser Fälle zusätzlich im nichtöffentlichen Teil vorzutragen.

Herr Fühner unterstützt den Vorschlag, unter datenschutzrechtlichen Bedingungen über ein Fallbeispiel zu berichten.

Fachkräftemangel gebe es in allen Bereichen. Um eine öffentliche Wahrnehmung des Fachkräftemangels in den verschiedenen Kinder- und Jugendbereichen zu erreichen, schlage er vor, einen Tagesordnungspunkt „Fachkräfteentwicklung“ zu formulieren.

Herr Hewing ergänzt, dass der Fachkräftemangel im Kinderschutz für ihn ganz oben stehe.

Frau Lücke möchte das Thema fachausschussübergreifend diskutieren und auf den Nichtfachkräfte- und Freiwilligenmangel ausweiten. Als Beispiel nennt sie die vielen Freiwilligen, die durch die Schulumstellung von G8 auf G9 wegfallen werden.

Beschluss:

Die Verwaltung des Jugendamtes wird beauftragt, das am 1. Mai 2022 in Kraft getretene Landeskinderschutzgesetz NRW umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Fördertatbestände zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten nach § 48 KiBiz im Kitajahr 2022/23 Vorlage: 165/22

Herr Gausmann erklärt, dass die Vorlage bereits die neuen Tarifvereinbarungen im Rahmen der Kitabetreuung berücksichtige, wodurch es einen zusätzlichen Beitrag bei weniger als 20 Schließtage geben werde. Die Landesempfehlung sei noch nicht aktualisiert worden und enthalte 15 Schließtage.

Auf Nachfrage von Herrn Schomaker formuliert er den Punkt „b“ der Vorlage „Förderung der Reduzierung der Öffnungstage ...“ in „Förderung für Einrichtungen, die weniger als 20 Tage pro Jahr schließen“ um.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die neue Förderung „Flexibilisierung der Betreuungszeiten nach § 48 KiBiz“ zu nutzen und den Landeszuschuss von 356.800 Euro um den gesetzlichen Eigenanteil von 25 % zu erhöhen.
2. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, die im Verlauf der Vorlage näher beschriebenen Förderbedingungen umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8. Angebots- und Bedarfsplanung in der Stadt Rheine für die Kindergartenjahre 2023/24 bis 2026/27
Vorlage: 205/22**

Herr Gausmann erläutert, dass das Ziel, die Überbelegung in der Stadt Rheine zu reduzieren, erstmals seit 5 Jahren um ein Vielfaches verfehlt worden sei. Innerhalb eines Jahrgangs seien über 100 Kinder im Kita-Alter nach Rheine zugezogen. Derzeit sei es nicht möglich, den ukrainischen Kindern einen Kita-Platz zur Verfügung zu stellen. Das Bauen von Kitas benötige Zeit, und zudem fehlten dafür die Bauplätze.

Es seien mittlerweile in vielen Tageseinrichtungen Gruppen angebaut worden, insbesondere im Südraum. Dort würden nur noch Gruppen für unter 3-Jährige benötigt. Eine Gruppenform 2 zum Beispiel irgendwo anzudocken, gehe nicht, da den Kindern für diese Einrichtung keine Zusage für ihr gesamtes Kindergartenalter gegeben werden kann. Es würde eine nicht mehr gesetzlich vorgegebene Überbelegung entstehen.

Es werden wahrscheinlich fünf Tageseinrichtungen für Kinder gebaut. Der Landesgesetzgeber mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe habe sich für die Basis-Leistung 1 entschieden. Das heißt, dass, mit einem Schlüssel von 1 : 2 ein behindertes Kind zwei Kita-Plätze belegen werde. Es gebe für das Jahr 2026 Verhandlungen für eine Basis-Leistung 2 mit der Perspektive bis zu einem Schlüssel von 1 : 5. Die räumlichen Vorgaben für Kinder mit besonderen Behinderungsformen, wie z. B. breitere Türen, seien ein weiteres Problem. Im Kitabedarfsplan für 2026 werde der OGS-Bereich mit aufgenommen, da es ab dem 1. August 2026 einen Rechtsanspruch auf diese Betreuungsform gebe. Wo die Stadt Rheine und die Träger das Personal dazu finden werden, sei fraglich.

Frau Overesch bekräftigt die Aussage von Herrn Gausmann, dass die Stadt Rheine familienfreundlich, mit einer positiven Geburtenrate und Zuwanderungssaldo sei. Sie höre die Informationen über Überbelegungen, administrative Anforderungen, einen immer dramatischeren Fachkräftemangel und Gesetzesvorgaben, die die Absenkung der Gruppenstärke und zusätzliche Raumbedarfe bedeuten, und einen Rechtsanspruch, der auch unter Einbezug der Tagespflege kaum noch zu erfüllen sei. Das seien nur einige Punkte, die die Lage so schwierig machen.

Das vom Land zur Verfügung gestellte Alltagshelferprogramm, welches sich gut etabliert habe und weiterhin in den Kitas gebraucht werde, laufe zum 31. Juli 2022 aus. Im Vorgriff und in der Hoffnung, dass das Land die Weiterführung dieses Programms beschließen wird, sei die Weiterführung durch die Stadt Emsdetten und durch den Kreis Steinfurt beschlossen worden. Sie möchte einen ähnlichen Antrag zum Tagesordnungspunkt einbringen, damit die Stadt Rheine

die strukturelle Weiterführung bis zum 31. Dezember 2022 befürworte, auch wenn dieses ein finanzielles Risiko bedeutete.

Herr Fühner teilt die Sorgen von Frau Overesch. Die Weiterführung des Alltagshelferprogramms stehe in dem Sondierungspapier für die schwarz-grünen Koalitionsverhandlungen. In dem Wissen, dass vorgestern auch der Kreis das entsprechend positiv beschieden habe, sei gestern Abend nach der Ratssitzung mit den Vorsitzenden der im Rat vertretenen Fraktionen und teilweise mit den im Jugendhilfeausschuss vertretenen politischen Sprecher(inne)n das Alltagshelferprogramm vorberaten worden. Er gehe davon aus, dass die Entscheidung auf Landesebene bis zu der nächsten Jugendhilfeausschusssitzung bekannt sein wird.

Herr Gausmann antwortet auf die Frage von Herrn Hewing, dass die Stadt Rheine rund 391.000 Euro zu tragen hätte, falls das Land anders beschließen sollte.

Frau Richter findet es ebenfalls wichtig, das Alltagshelferprogramm zu verstetigen.

Frau Leskow erkundigt sich nach den Kosten, die für eine eventuelle Weiterführung in 2023 für Rheine anfallen würden, falls die Landesregierung kein Nachfolgeprogramm starten wird.

Herr Gausmann beziffert diese mit 578.000 Euro.

Herr Fühner nimmt den von Frau Overesch vorgetragenen Beschlussvorschlag zum Alltagshelferprogramm als Punkt 6 (**siehe Beschluss**) zur Abstimmung mit auf. Ferner merkt er an, dass im 5. Beschlussvorschlag bei dem „2023 f.“ ein zweites „f“ hinzugefügt wird.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt die in der Anlage beigefügte Angebots- und Bedarfsplanung in der Kindertagesbetreuung für die Jahre 2023/24 bis 2026/27 zur Kenntnis.
2. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, in allen drei Kitaplanungsbezirken jeweils eine weitere Kindertageseinrichtung zu planen.
3. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, mit allen Trägern der Kitas in Rheine in den Austausch zu gehen und Möglichkeiten der Gruppenumwandlungen/ Erweiterungen zu prüfen, mit dem Ziel, weitere Kita-Plätze zu schaffen.
4. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, alle Träger, die im Planungsgebiet Südraum aktiv sind, über die aktuelle Situation zu informieren und individuell zu schauen, welche Gruppenumwandlungen/Erweiterungen denkbar und möglich sind, ohne die Bestandseinrichtungen zu gefährden.
5. Die erforderlichen finanziellen Mittel sind im Haushaltsplan 2023 ff. zu veranschlagen.
6. Der Jugendhilfeausschuss fordert die Landesregierung auf, das Alltagshelferprogramm zu verstetigen. Er beschließt, den Tageseinrichtungen für Kinder für die Monate August 2022 bis einschließlich Dezember 2022 eine Finanzierungsabsicherung des derzeit laufenden und im Juli 2022 auslaufenden Alltagshelferprogramms im Rahmen des laufenden Programms zu geben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

9. Trägersauswahlverfahren für die neuen Kindertageseinrichtungen in den Baugebieten „Ehemalige Damloup-Kaserne“ und "Emsauenquartier Kämpers"
Vorlage: 164/22

Herr Fühner macht darauf aufmerksam, dass die ehemalige Damloup-Kaserne einen neuen Namen bekommen habe.

Herr Gausmann ergänzt, dass dieser „Europaviertel am Waldhügel“ sei. Auf die Frage von Frau Leskow merkt er an, dass eine Bauverpflichtung der BIMA vorliege, wonach die Kita zum 1. August 2025 fertig sein müsse. Bei dem Emsauenquartier Kämpers gebe der Fremdinvestor ebenfalls an, dass der 1. August 2025 der späteste Fertigstellungstermin sein werde.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die als Anlage beigefügte Bewertungsmatrix für die Vergabe der Trägerschaft für die neuen Kindertageseinrichtungen in den Baugebieten „Ehemalige Damloup-Kaserne“ und "Emsauenquartier Kämpers" heranzuziehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Ausbau von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren
Vorlage: 142/22

Herr Gausmann bezieht sich auf die Vorlage Nr. 160/20 aus dem Jahr 2020, mit der beschlossen wurde, die Kita St. Franziskus (Frankenburgstraße) und die Kita St. Dionysius (Auf dem Hügel 7) zum Verbundfamilienzentrum zu machen. Damals seien auch die beiden in der aktuellen Vorlage genannten Kitas bereits als zweite Priorität beschlossen worden. Welche Kita für die dritte Priorisierung infrage kommen wird, sei noch zu klären. Eine Liste mit den vorhandenen Familienzentren werde dem Protokoll beigefügt (**Anlage 3**).

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss benennt mit Wirkung vom 1. August 2022 die Kita Kinderland Nienbergstr., Nienbergstr. 79 in 48431 Rheine, und die Kita Kinderland Isselstr., Isselstr. 12 in 48431 Rheine, zum Verbundfamilienzentrum.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Entfristung der Gruppenform II in der Kita Kunterbunt
Vorlage: 181/22

Frau Overesch erklärt sich für Befangen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die bis zum 31. Juli 2023 befristet eingerichtete Gruppen-

form II der Kita Kunterbunt, Schulstr. 3 in 48432 Rheine, zu entfristen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 12. Renovierungskosten Pfarrheim St. Michael zur weiteren Nutzung als offener Kinder- und Jugendtreff**
Vorlage: 255/22

Dieser TOP ist zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung genommen worden (siehe oben).

- 13. Freizeitflächenbedarfsplan 2023-2028 - Gliederung**
Vorlage: 217/22

Frau Wiggers stellt in ihrer Präsentation den aktuellen Stand zur Fortschreibung des Freizeitflächenbedarfes vor (**Anlage 4**).

Herr Fühner merkt an, dass der Spielflächenbedarfsplan in Freizeitflächenbedarfsplan umbenannt worden sei.

Frau Leskow empfindet die Gliederung des in der letzten Woche verschickten Fragebogens als gut gelungen. Die Erarbeitung sei sehr umfangreich gewesen.

Herr Heeke äußert, dass er in der informativen Auftaktveranstaltung seine Punkte habe einbringen können und dort viel Vorarbeit geleistet worden sei.

Herr Gausmann bringt hervor, dass die Verwaltung anstrebe, den ambitionierten Zeitplan einzuhalten. Jedoch habe die zuständige Mitarbeiterin mittlerweile einen anderen Arbeitsplatz gefunden.

Herr Heeke, Herr Hewing, Frau Egelkamp und Frau Floyd-Wencke begrüßen die Ausweitung der Spielflächen auf den gesamten Freizeitbereich.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Rheine beauftragt die Verwaltung, die Gliederung zum Freizeitflächenbedarfsplan 2023-2028 mit den aufgeführten Eckpunkten der Vorlage zu erstellen und den gesamten Plan als Druckvorlage dem Jugendhilfeausschuss am 17. November 2022 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 14. Kauf einer mobilen Pumptrackanlage**
Vorlage: 254/22

Frau Richter erklärt sich für befangen.

Herr Gausmann erklärt, dass der Kauf einer stationären Pumptrackanlage nicht kurzfristig möglich sei und der Stadtjugendring eine mobile Anlage beantragt habe. Er hoffe, dafür Sponsoren zu finden.

Herr Hewing möchte wissen, warum das so lange dauern würde.

Herr Schomaker hätte gern einen Beschlussvorschlag gesehen, dass die Verwaltung beauftragt wird, das Geld für den Haushalt 2023 in Verbindung mit der Eruiierung von Spendenmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, damit die mobile Pumptrackanlage in 2023 kommen wird.

Frau Leskow hatte sich die Pumptrackanlage schon für dieses Jahr erhofft. Sie fragt, wo die Pumptrackanlage bei Nichtgebrauch eingelagert und wie die Kosten sich verändern würden, wenn diese mehr als dreimal pro Jahr ausgeliehen werde.

Frau Overesch wünscht, dass die Anlage an einem festen Standort in Betrieb genommen werde, von dem aus sie weiter verliehen werden könne.

Auf die Fragen erklärt Herr Gausmann, dass für eine stationäre Pumptrackanlage eine versiegelte Fläche benötigt werde, die durch den B-Plan als Spielfläche abgesichert sein müsse. Zudem sei eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich. In einem Überschwemmungsgebiet seien Nutzungsverbote zu berücksichtigen. Die Verwaltung habe zwei oder drei Flächen ins Auge gefasst. Da die Stadt nicht immer Eigentümerin der Fläche sei, seien Genehmigungen einzuholen. Eine mobile Pumptrackanlage habe andere Anforderungen an die Untergrundfähigkeiten. Bei einem Sportverein sei eine versiegelte Fläche gefunden worden, auf der die mobile Pumptrackanlage aufgebaut werden könne. Es bestehe dann die Möglichkeit, diese an einen anderen Verein, mit vorhandener versiegelter Fläche, auszuleihen, um letztlich die Spielmöglichkeiten in der ganzen Stadt Rheine abbilden zu können. Eine Einlagerung bei den TBR sei nicht vorgesehen.

Frau Wiggers fügt hinzu, dass eine Pumptrackanlage bei jedem Abbau, Transport und Wiederaufbau einen Verschleiß erleide und deshalb nicht mehr als dreimal pro Jahr ausgeliehen werden solle. Das langfristige Ziel sei nach wie vor, eine feste Anlage an einem zentralen Standort zu bekommen.

Herr Gausmann führt zu der Wortmeldung von Herrn Schomaker aus, dass die Mittel im Haushaltsjahr 2022 nicht zur Verfügung stehen. Der Kämmerer bringe den Haushaltsplan 2023 im September 2022 ein, und die Haushaltsplanberatungen würden in diesem Ausschuss im November 2022 stattfinden. Deshalb ließe das Budgetrecht für die heutige Sitzung noch keinen Beschluss zur Anschaffung einer Pumptrackanlage für das Jahr 2023 zu. Für den Stadtjugendring könne ein Signal zur Planungssicherheit abgebildet werden.

Während der Diskussion ist deutlich geworden, dass Herr Hewing, Herr Schomaker, Frau Leskow und Frau Overesch die Anschaffung der mobilen Pumptrackanlage befürworten werden.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss befürwortet grundsätzlich den Antrag des Stadtjugendrings Rheine e. V. (siehe Anlage 1).
2. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, gemeinsam mit dem Stadtjugendring weitere Spendenmöglichkeiten zu eruiieren.

3. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2023 eine Vorlage zur Finanzierung sowohl der investiven als auch der laufenden Kosten zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**15. Berichtswesen zum Stichtag 31.05.2022, Produktgruppe 21 - Jugendamt
Vorlage: 230/22**

Herr Gausmann informiert, dass die Hilfen zur Erziehung noch nicht in dieser Vorlage abgebildet seien, da eine sicherere Prognose erst am 31. Oktober 2022 möglich werde.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 2 – Produktgruppe 21 - Jugendamt – mit dem Stand der Daten zum 31. Mai 2022 zur Kenntnis.

16. Anfragen und Anregungen

Frau Richter trägt vor, dass der Stadtjugendring zum dritten Mal versuche, das Bubble-Soccer-Turnier an den Start zu bringen. Geplant sei, dass junge Menschen und Politiker(innen) in diese Bubble-Balls steigen und die beiden Mannschaften gegeneinander spielen werden. Nach dem Spiel können sie in einen Austausch gehen. Sie lade die jugendpolitischen Sprecher(innen) und die Jugendpolitiker(innen) dieses Ausschusses für den 29. Oktober 2022 ein und hoffe, dass sich alle beteiligen werden.

Dem Stadtjugendring sei das Zeltdepot zum 1. September 2022 gekündigt worden. Für die Zelte werde ein neuer Lagerraum, gerne vorne überdacht, gesucht. Sie freue sich über Hinweise und Tipps.

Herr Gausmann informiert, dass die Stadt Rheine vorgestern von der Kirchengemeinde St. Antonius die Abrechnungen für die drei Kitas St. Bonifatius, St. Ludgerus und St. Antonius erhalten habe. Die Bonifatius-Kita sei um 37.000 Euro teurer geworden. Bei den anderen beiden umgebauten Kitas gebe es über 200.000 Euro Minderausgaben, so dass eine Ersparnis von 190.000 Euro vorliege. Um die Schlussabrechnung der Kirchengemeinde erstellen zu können regt er an, die Mehrausgaben für die Bonifatius-Kita aus den Minderausgaben der beiden anderen Kitas zu finanzieren.

Nach einer kurzen Diskussion bittet Herr Fühner die Verwaltung, für die nächste Sitzung eine Beschlussvorlage zu erstellen.

Frau Sauerland bezieht sich auf die unter TOP 2 genannten Informationen zum Kinderferienparadies. Sie bittet die Verwaltung, die Internetseite der Stadt Rheine „Feripro“ zu aktualisieren, da diese einige veraltete Daten enthalte.

Ende der öffentlichen Sitzung:

18:59 Uhr

Dieter Fühner
Ausschussvorsitzender

Andrea Atrott
Schriftführerin